

Sessionsbericht – September 2026

Liebe Freisinnige

Die September-Session des Kantonsrats war geprägt von wichtigen Weichenstellungen für den Kanton Solothurn: Mit der Steuerstrategie 2030 und dem Neuen Bahnhof(platz) Olten standen zentrale Fragen zu Standortattraktivität, Mobilität und Zukunftsfähigkeit im Fokus. Die FDP setzte klare Akzente für einen starken, attraktiven und wettbewerbsfähigen Kanton. Zudem machten sich die Kantonsrätinnen und Kantonsräte an die politische Aufarbeitung der soH-Enthüllungen – unsere Fraktion stellte kritische Fragen zur Rolle des Departements des Innern. Denn im Departement Schaffner fehlt offenkundig die Selbstreflexion.

Inhaltsverzeichnis

1. soH: Vertrauen schaffen heisst Verantwortung übernehmen	1
2. soH: GPK-Bericht zeigt strukturelle Defizite auf	3
3. FDP unterstützt Steuerstrategie 2030 und fordert gezielte Verbesserungen	4
4. FDP unterstützt den Neuen Bahnhof(platz) Olten	5

1. soH: Vertrauen schaffen heisst Verantwortung übernehmen

Von Sabrina Weisskopf

Hinter der Solothurner Spitäler AG (soH) liegen turbulente Wochen. Es wurde viel untersucht, kritisiert und über persönliche Verantwortlichkeiten diskutiert. Dabei dürfen wir nicht vergessen, worum es eigentlich geht: um die grösste Arbeitgeberin und die wichtigste Gesundheitsversorgerin unseres Kantons.

Tag für Tag leisten die Mitarbeitenden der soH wertvolle Arbeit für die Solothurner Bevölkerung. Sie behandeln Patientinnen und Patienten, tragen grosse Verantwortung und sorgen dafür, dass unsere medizinische Versorgung funktioniert. Die festgestellten Fehler in der Führung dürfen diese Leistung nicht überschatten und nicht dazu führen, dass die ganze soH schlechtgeredet wird.

Gleichzeitig müssen die beanstandeten Zahlungen konsequent aufgearbeitet werden. Denn letztlich werden die Leistungen der soH von den Prämien- und Steuerzahlenden finanziert. Mögliche Rückforderungsansprüche sind deshalb sorgfältig zu prüfen und, soweit sie rechtlich durchsetzbar sind, geltend zu machen. Eine unzulässige Auszahlung führt nicht automatisch zu einem durchsetzbaren Anspruch. Mit der Forderung nach Rückforderung werden Erwartungen geweckt, von denen heute noch niemand weiss, ob sie sich erfüllen lassen.

Die Verantwortung endet nicht beim Verwaltungsrat

Die FDP hat einen personellen Neuanfang an der Spitze des Verwaltungsrates gefordert, weil das Vertrauensverhältnis zwischen dem Verwaltungsratspräsidium und dem Regierungsrat zerrüttet war. Für uns war aber immer klar, dass dies nur ein erster Schritt ist.

Die anderen Parteien sehen dies weit weniger differenziert. Sie haben in Kurt Fluri, der von 2022 bis im Juli dieses Jahres als soH-Verwaltungsratspräsident amtierte, ein Bauernopfer gefunden. Der Wechsel an der Spitze des Verwaltungsrates genügt vielen Kantonsrätinnen und Kantonsräten offenbar bereits. Wir sehen das anders. Der personelle Neuanfang bedeutet ganz bestimmt nicht, dass Kurt Fluri persönlich für die Missstände verantwortlich war oder zum alleinigen Schuldigen gemacht werden darf.

Die umstrittenen Funktionszulagen waren beschlossen worden, bevor Kurt Fluri das Präsidium des Verwaltungsrates übernahm. Er hat sie weder eingeführt noch abgesegnet. Als Verwaltungsratspräsident trug er zwar Verantwortung für die Arbeit des Verwaltungsrates. Das macht ihn aber nicht zum Verursacher aller festgestellten Missstände.

Die Untersuchungen zeigen vielmehr ein Zusammenspiel verschiedener Probleme: unklare Entscheidungsgrundlagen, mangelhafte Dokumentation, ungenügende Kontrollen und nicht klar wahrgenommene Zuständigkeiten. Dazu gehört insbesondere auch die Frage, wie der Kanton als Alleinaktionär seine Aufsichts- und Eigentümergeverantwortung wahrgenommen hat.

Die Aufarbeitung darf deshalb nicht beim früheren Verwaltungsratspräsidenten enden. Auch der Gesamtregierungsrat war in der Pflicht, die soH wirksam zu beaufsichtigen und Reputationsschäden zu verhindern. Aus diesem Grund hat unsere Fraktion die dringliche Interpellation «Solothurner Spitäler AG: Wer hat das Heft in der Hand?» eingereicht. Wir wollten wissen, wie der Kanton seine eigene Verantwortung wahrgenommen hat und welche Lehren er aus den festgestellten Mängeln zieht.

Entscheidend ist der Umgang mit den Fehlern

Innerhalb des Kantons betreffen die festgestellten Versäumnisse vor allem zwei Bereiche: die personalrechtliche Aufsicht durch das Personalamt und die Führung der Beteiligung durch das Departement des Innern. In beiden Bereichen sind Fehler passiert. Der entscheidende Unterschied liegt darin, wie die politisch Verantwortlichen heute damit umgehen.

Unser Regierungsrat Peter Hodel verschliesst sich der Kritik nicht. Er lässt die Versäumnisse beim Personalamt aufarbeiten, benennt die Problemfelder und arbeitet an Lösungen. So muss politische Verantwortung wahrgenommen werden: Fehler anerkennen, Ursachen klären und dafür sorgen, dass sie sich nicht wiederholen.

Ganz anders präsentiert sich die Haltung des DDI und seiner Vorsteherin Susanne Schaffner. Das DDI ist seit der Verselbständigung der soH im Jahr 2006 federführend für sämtliche Regierungsgeschäfte zur soH. Dazu gehören ausdrücklich auch die Aktionärsrechte und die Anträge an die Generalversammlung. Trotzdem ist Regierungsrätin Schaffner bis heute nicht bereit, eigene Versäumnisse einzugestehen. Stattdessen wird die Verantwortung immer wieder auf das Personalamt abgeschoben.

Das greift zu kurz. Wer das federführende Departement leitet, muss die Informationen der verschiedenen Stellen zusammenführen, Risiken erkennen und dafür sorgen, dass der Gesamtreferenzrat auf einer verlässlichen Grundlage entscheidet. Das ist eine Führungsaufgabe. Sie lässt sich nicht an ein Amt oder ein anderes Departement delegieren.

Das DDI bleibt Antworten schuldig

Besonders deutlich zeigt sich dies bei der Décharge im Frühjahr 2025. Zu diesem Zeitpunkt liefen bereits vertiefte Abklärungen. Trotzdem wurde dem Verwaltungsrat vorbehaltlos Décharge erteilt. Der Regierungsrat anerkennt heute immerhin, dass man vorsichtiger hätte sein müssen. Unsere konkrete Frage, welches Departement die Décharge vorbereitet und welchen Antrag es gestellt hatte, beantwortet er jedoch nicht. Klar ist nur: Das federführende DDI brachte keinen Vorbehalt an.

Auch die neue Eigentümerstrategie wirft Fragen auf. Regierungsrätin Schaffner erklärte im April 2025, der Kanton nehme damit «das Heft stärker in die Hand». Auf unsere Frage, welches der später bekannt gewordenen Probleme durch diese verstärkte Steuerung erkannt wurde, kann der Regierungsrat aber kein einziges nennen.

Bei der Suche nach einem neuen Verwaltungsratspräsidium liegt der Prozess zudem nicht beim federführenden DDI, sondern beim Staatsschreiber. Und auf die Frage, wie das verlorene Vertrauen in die soH konkret wiederhergestellt werden soll, nennt die Regierung keine einzige konkrete Massnahme.

Die Antworten überzeugen uns deshalb nicht. Während Peter Hodel die Probleme in seinem Zuständigkeitsbereich aufarbeitet und Lösungen einleitet, verweigert sich das DDI weiterhin einer selbstkritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle.

Der Blick muss nach vorne gehen

Die soH braucht jetzt Ruhe, eine verlässliche Führung und das Vertrauen der Bevölkerung. Der Kantonsrat hat die GPK beauftragt, die Umsetzung der beschlossenen Massnahmen zu überprüfen. Zudem wird ein neues Aufsichts- und Steuerungskonzept erarbeitet. Das sind richtige und wichtige Schritte.

Zudem steht der Gesamtreferenzrat nun in der Pflicht. Er muss sicherstellen, dass auch das DDI seine Führungsverantwortung künftig wahrnimmt und sie nicht auf andere Departemente, Ämter oder den Staatsschreiber verlagert. Denn Aufgaben kann man delegieren. Verantwortung nicht.

2. soH: GPK-Bericht zeigt strukturelle Defizite auf

Von Georg Lindemann

Die Solothurner Spitäler AG (soH) löste in der September-Session des Solothurner Kantonsrates viel Gesprächsstoff aus: Im Zentrum stand der Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) zu den finanziellen Leistungen an den ehemaligen CEO.

Der Bericht untersuchte sämtliche finanzielle Leistungen, welche die soH ihrem ehemaligen CEO gewährt hatte – von Lohnbestandteilen über Boni bis zu Abgangsleistungen. Er prüfte, ob diese Leistungen rechtlich korrekt, vertraglich sauber begründet und organisatorisch ordnungsgemäss zustande gekommen sind. Dabei wurde aufgedeckt, dass mehrere Leistungen gewährt wurden, ohne dass die personalrechtlichen Grundlagen vollständig klar oder sauber dokumentiert waren.

Die Verantwortlichkeiten innerhalb der soH waren nicht durchgehend eindeutig, was zu intransparenten oder schlecht nachvollziehbaren Entscheidungen führte. Der Bericht zeigte auch strukturelle Defizite in der internen Kontrolle und Aufsicht, insbesondere bei der Prüfung und Genehmigung finanzieller Leistungen. Teilweise fehlten klare Akten, Entscheidungsprotokolle oder schriftliche Begründungen für gewährte Leistungen.

Das Gesamtfazit ist somit ernüchternd: Der Bericht kommt zum Schluss, dass die finanziellen Leistungen an den ehemaligen CEO nicht in allen Punkten rechtlich und organisatorisch einwandfrei zustande kamen. Es ist klar: Die soH muss ihre Governance, Dokumentation und Verantwortlichkeitsstrukturen stärken, um solche Fälle künftig zu vermeiden.

Der Kantonsrat hat den GPK-Bericht einstimmig zur Kenntnis genommen. In der Debatte wurde insbesondere der erhebliche Vertrauensverlust gegenüber der Führung der soH und teilweise auch gegenüber der politischen Aufsicht thematisiert.

Die Debatte hat damit aber nicht zu einem Schlusstrich geführt. Im Gegenteil: Die Untersuchung bestätigte erhebliche Probleme bei Führung und Kontrolle. Es geht um die Aufarbeitung der finanziellen Leistungen an die frühere Führung. Auch die Frage der Verantwortung des Verwaltungsrates und der politischen Eigentumeraufsicht bleibt offen. Ebenso offen ist die Frage, ob die bestehenden Kontrollmechanismen des Kantons gegenüber der soH ausreichend sind.

Keine Überraschung waren daher die neu eingereichten und dringlich taxierten Interpellationen und Aufträge. Mit der Interpellation «Solothurner Spitäler AG: Wer hat das Heft in der Hand?» wurde von Seiten der FDP/GLP Fraktion die defensive Haltung des DDI unter der Führung von Regierungsrätin Susanne Schaffner kritisch hinterfragt.

Die September-Session hat die soH-Affäre nicht abgeschlossen, sondern politisch in eine zweite Phase geführt. Nach wie vor ist für die Fraktion FDP/GLP klar: Man kann Transparenz und eine funktionierende Eigentumerkontrolle verlangen, ohne sich automatisch der Forderung nach einer PUK oder einer politischen Abrechnung anzuschliessen.

3. FDP unterstützt Steuerstrategie 2030 und fordert gezielte Verbesserungen

Von Daniel Probst

Am ersten Sessionstag hat der Kantonsrat die Steuerstrategie 2030 beraten. Die FDP begrüsst die Stossrichtung und würdigte ausdrücklich die Arbeit unseres Finanzdirektors Peter Hodel. Mit der Strategie packt er eine zentrale Schwäche unseres Kantons an: die vergleichsweise hohe Steuerbelastung der natürlichen Personen. Vorgesehen sind eine deutliche Entlastung bei den Einkommenssteuern und ein neuer Drei-Stufen-Tarif.

Der neue Tarif ist einfach und transparent und entlastet insbesondere die mittleren und höheren Einkommen. Gleichzeitig schafft er gute Voraussetzungen für die spätere Einführung der Individualbesteuerung. Für die FDP ist der Drei-Stufen-Tarif deshalb ein mutiger und richtiger Schritt.

Verbesserungsbedarf sieht die FDP bei der Gegenfinanzierung. Die Neuschätzung der Katasterwerte und die Erhöhung der Vermögenssteuer können für Wohneigentümer zu einer höheren Vermögenssteuerbelastung führen. Für die FDP ist deshalb die Gesamtbelastung entscheidend. Es darf nicht passieren, dass einzelne Gruppen trotz der vorgesehenen Einkommenssteuerentlastung unter dem Strich stärker belastet werden. Besondere Aufmerksamkeit braucht es auch bei Inhaberinnen und Inhabern von nicht kotierten Familienunternehmen. Ihr Vermögen ist häufig im eigenen Unternehmen gebunden und steht nicht als liquide Mittel zur Verfügung.

Zu kurz kommen in der Steuerstrategie die juristischen Personen. Mit einer Gewinnsteuerbelastung von 15,45 Prozent liegt Solothurn über dem schweizerischen Durchschnitt und nur auf Rang 21 von 26 Kantonen. Wenn Solothurn mit tieferen Einkommenssteuern gut qualifizierte und gut verdienende Fachkräfte gewinnen will, muss der Kanton gleichzeitig für Unternehmen attraktiv sein, die entsprechende Arbeitsplätze schaffen. Gelingt es, mehr wertschöpfungs- und steuerstarke Unternehmen anzusiedeln, stärkt dies zudem das Steuersubstrat und schafft mittelfristig zusätzlichen Spielraum für die Entlastung des Mittelstands. Die FDP fordert deshalb, die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit insbesondere für mobile Unternehmen sowie nationale und internationale Hauptsitze bei den weiteren Arbeiten stärker einzubeziehen.

Die Grünen beantragten die Rückweisung der Strategie. Sie stellten die Verfassungsmässigkeit des neuen Drei-Stufen-Tarifs in Frage und verlangten ein vollständig aufkommensneutrales Paket. Unsere Fraktion widersprach klar: Aus dem Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ergibt sich keine Pflicht zu einem progressiven Tarif. Aufgrund der steuerfreien Eingangsstufe und der weiteren Tarifstufen steigt der durchschnittliche Steuersatz mit zunehmendem Einkommen weiterhin an. Lediglich der Grenzsteuersatz bleibt ab einem steuerbaren Einkommen von 65'000 Franken konstant bei 9 Prozent. Eine echte Entlastung ist zudem notwendig, wenn der bestehende Standortnachteil tatsächlich beseitigt werden soll.

Das Ergebnis

Der Kantonsrat lehnte den Rückweisungsantrag der Grünen mit 80 zu 10 Stimmen bei 5 Enthaltungen deutlich ab. In der Schlussabstimmung wurde die Steuerstrategie 2030 mit 89 zu 0 Stimmen bei 8 Enthaltungen zur Kenntnis genommen. Damit erhält Finanzdirektor Peter Hodel breite politische Unterstützung für die eingeschlagene Richtung. Für die FDP ist gleichzeitig klar: Bei der konkreten Umsetzung müssen insbesondere die Anliegen der Wohneigentümer und der Familienunternehmen sowie die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen berücksichtigt werden.

4. FDP unterstützt den Neuen Bahnhof(platz) Olten

Von Markus Dietschi

Die FDP unterstützt den Verpflichtungskredit für den Neuen Bahnhof(platz) Olten (NBO) klar. Für die FDP steht fest: Der Bahnhof Olten ist eine der wichtigsten Verkehrsdrehscheiben der Schweiz und von zentraler Bedeutung für den Kanton Solothurn. Die steigenden Passagierzahlen erfordern eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur.

Mit dem Projekt werden die Kapazitäten der Bahnhofunterführungen ausgebaut, die Umsteigebeziehungen zwischen Bahn und Bus verbessert, attraktive Verbindungen für den Fuss- und Veloverkehr geschaffen und die Erreichbarkeit der Region gestärkt. Positiv hervorzuheben ist auch das vergrösserte Angebot im SBB-Parkhaus, das dank dem Einsatz der FDP Olten und des Industrie- und Handelsvereins erreicht werden konnte.

Für die FDP sind diese Investitionen keine Kosten, sondern Investitionen in die Mobilität, den Wirtschaftsstandort und die Lebensqualität von morgen. Zudem ist klar: Der Ausbau des Bahnhofs wird aufgrund der verkehrlichen Entwicklung ohnehin erfolgen. Die entscheidende Frage ist deshalb nicht, ob gebaut wird, sondern ob Kanton, Stadt und Bevölkerung die Entwicklung aktiv mitgestalten können oder ob die SBB ohne diese koordinierte Gesamtlösung weiterplant.

Die FDP ruft dazu auf, das Projekt im Interesse des ganzen Kantons zu betrachten. Der Neue Bahnhof(Platz) Olten ist nicht nur ein Projekt für die Region Olten, sondern für den gesamten Kanton Solothurn und die Schweiz. Wer regionale Solidarität fordert, muss auch bereit sein, wichtige Infrastrukturprojekte anderer Kantonsteile mitzutragen. Deshalb sagt die FDP überzeugt Ja zum Neuen Bahnhof(platz) Olten.

Das Ergebnis

Der Kantonsrat hat dem Verpflichtungskredit für das Projekt mit 89 zu 8 Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt.